

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 P., monatlich 22 P., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern

Leipzig, den 18. September 1919

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Anzeiger-, Markt- und Tobeanzeigen 20 P., die längelpaltene Zeile; Anzeiger-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 60 P., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 108

Formale oder wirkliche Demokratie?

Von heutigen Notwendigkeiten und späteren Erfordernissen wurde in den letzten beiden Nummern schon bedeutend revolutionäre Weisen wohl fast unermesslichen Herrschaftsgefühlen gewalttätiger Minderheiten — bildlich und tatsächlich gesprochen — zu begegnen. Und der vorwichtigen Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gab es darüber ein Hochgericht ohne Urteilsmullerung, jedoch mit faktischer Verurteilung des linken Flügels der Linksozialisten (Däumig [Berlin], Geber d. S. [Leipzig]).

In einem solchen Stadium des Hin- und Hertorkelns zwischen Volkswelt und Demokratie vermag das Bekenntnis zur vollen Demokratie, zur größten Gleichberechtigung des Bürgersprosses noch auszuhalten. Wir fordern daher Einführung der Urabstimmung für die wichtigsten organisierten und tariflichen Angelegenheiten! Für die Verbandsgeneralversammlung in den ersten Monaten kommenden Jahres wie bei der nächsten Tarifrevision möge das die wichtigste grundsätzliche Frage sein. Die Gaus, Bezirke und Ortsvereine müssen dann in ihre Statuten eine entsprechende Übernahme des Referendums, der Volksbefragung, vorsehen.

Es ist dies teils ja schon vorgegeben. Der Leipziger Gau hat seit über 20 Jahren bereits die Urabstimmung in seinem Statut erhalten, sogar zusätzlich auch nach erfolgter Fassung eines weittragenden Beschlusses. Die Anwendbarkeit der Urabstimmung darf aber nicht mehr in das Verleben von Verammlungen gestellt werden, sie wird zu einer Hauptvorrichtung gemacht werden müssen für die wichtigsten Angelegenheiten. Nur im Zweifelsfall über die Bedeutung einer zu entscheidenden Frage mag eine Generalversammlung, ein Gau- oder Bezirksrat oder eine Ortsvereinsversammlung erst die Überweisung zur Urabstimmung beschließen. Die Erhöhung oder Verringerung von Unterstützungsätzen dürfte zum Beispiel nicht zum Gegenstand einer Urabstimmung zu machen sein, wohl aber die Neueinführung oder Aufhebung von Unterstützungsstellen. Die Buchbinder haben sogar den ersten Mobus. Das ist aber falsch, einseitig nur einen Verbandstag. Ein andres Beispiel: Ob und wo der Verband oder eines seiner Unterglieder angeschlossen ist, mühte durch Urabstimmung, die in gebührender Zeitbemessung gleichzeitig stattzufinden hätte, entschieden werden. In Leipzig beschloß Anfang Juni eine Gaumitgliederversammlung den zeitweiligen Austritt aus dem Gewerkschaftskartell, weil man den unabhängigen Gehälter nicht grüßen wollte, sondern Gleichberechtigung für alle verlangte. Ende desselben Monats gelang es, den sich als „L. S. P. und A. P. Buchdrucker“ mit unzulässigem Antritt ehelicher Kollegen, in einer zweiten Verammlung diesen Beschluß wieder umzustößen. Ein blaues „Raus aus de Kartoffeln“ — „Ein in de Kartoffeln“.

Eine Konzession an die Verammlungssträger, die sich selbst zu Mitgliedern zweiter Klasse erniedrigen, kann aus dieser Proklamierung der vollen Demokratie, wofür wir das Einverständnis der Verammlungen haben, natürlich nicht gedehlt werden. Die Urabstimmung wird ja nur selten vorkommen. Wenn sie aber notwendig wird, dann ist allen Mitgliedern, den in den größten Städten, die bei weitem nicht sämtlich in einem Saale stattfinden können, und ihren Nacharbeitern, wie auch den Kollegen aus dem ländlichen Land ohne Mitgliedschaftsbildung, desgleichen den Kranken Gelegenheiten gegeben, ihr Veto abzugeben. Das ist das Wesentliche.

Auf tariflichem Gebiete drängen die Dinge ganz besonders zu einer solchen Entscheidung. Es ist bei unserm Gewerkeparlament ähnlich, wie es beim vornovemberlichen Reichstage war; nur konnte unter dem alten Regime der Bundesrat seiner reaktionären Geplogenheit fröhnen durch Ablehnung beschlossener Gesetze. Die neue Reichsverfassung dagegen steht bei einem Zwiespalt zwischen Volksvertretung und Regierung das Referendum vor, angeordnet durch den

Reichspräsidenten. Unter Carl-Lauschaß hat aber eine schmalere Basis als der Reichstag. Es geht nicht mehr an, die Gesamtheit der beiden Parteien ohne Befragung über Annahme oder Ablehnung der wichtigsten Beschlüsse zu lassen. Wie die Stellungnahme jetzt in den Verammlungen ist, und zwar hüben wie drüben, kommen wir nicht zur Klärung, wie der Wille der Gesamtheit tatsächlich ist. In andern Gewerben ist man darin weiter, dort entscheidet zum Teil letzten Endes das Ganze über das Ergebnis eines Tarifabschlusses oder von Teuerungszulagenvereinbarungen. Die Lithographen und Steindruckere haben vor ein paar Monaten ihren endlich aufstehenden gekommenen Reichsrat in der Urabstimmung mit etwa zwei Dritteln Mehrheit angenommen. In der Holzindustrie bietet sich ein andres Bild: die Arbeiterchaft nahm den neuen Reichsrat an, die Unternehmerorganisation lehnte ihn ab. Sollte man nach den Tarifverhandlungen eine Urabstimmung vorgenommen, würde wohl von beiden Seiten Annahme erfolgt sein. Es könnte freilich auch trotz Urabstimmung Ablehnung einmal möglich werden. Von welcher Seite aus das bei uns eintreten würde, läßt sich bei der gegenwärtigen Konstellation nicht voraussagen. Da eine normale Tariferneuerung bestimmungsgemäß noch Zeit genug läßt zu einer solchen, natürlich an einem Tag in ganz Deutschland zu erfolgender Entscheidung, so muß auch bei den Teuerungszulagenbewegungen eine angemessene Frist zu ermöglichen sein, innerhalb welcher ebenso einheitlich das Buchdruckervolk das Urteil fällt über das von seinen Vertretern Beschlossene. Aber Fortbestehen der Tarifgemeinschaft selbstverständlich auch, ebenso über einen grundlegenden Umbau derselben. Natürlich kann das erst dann sein, wenn durch eine Tarifrevision entsprechende Bestimmungen im Tarife geschaffen sind. Sie findet im nächsten Jahre statt. Bis dahin gilt die bisherige Methode, die Augustbeschlüsse treten also am 1. Oktober in Kraft.

Wir glauben, daß wir mit der in diesem Jahre schon mehrmals angebotenen und nun bestimmt erhobenen Forderung auf Einführung der Urabstimmung im Verband und in der Tarifgemeinschaft überwiegend in der Kollegenchaft Unterstützung finden werden. Wie oft ist nicht mehr Mitbestimmungsrecht gefordert worden! Die völlige Gleichberechtigung und die volle Demokratie bringende, den Terrorismus als einen schlimmen Übelstand unserer Tage in weitem Maße ausschaltende Urabstimmung wird die ideale Lösung hierfür werden. In Magdeburg und Burg hat man jetzt resolved, daß die Gehilfenvertreter in Zukunft nicht mehr bindende Beschlüsse fassen sollen, sondern der Gehilfenchaft die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des erstellten Ergebnisses zustehen soll. Den Gehilfenvertretern solle in Zukunft ihre Aufgabe erleichtert und ihre große Verantwortung etwas verringert werden. Wohl gesprochen an der Eibe und der Ziehe — es ist doch in radikalen Kollegenkreisen die Meinungen darüber noch widerstreitend, zeigt sich drastisch an Leipzig und Dresden. An der Pleiße am 5. September erregte Ablehnung der Urabstimmung durch die Opposition, in Elblitz am 12. September lebhaftes Verlangen der Opposition nach Urabstimmung, verstärkt durch besondere Zuschrift an uns um Unterstützung darin. Sie sei gewährt in dem hier erläuterten Sinn, in der Richtung Magdeburg und Burg und in der von sehr vielen geteilten Auffassung, daß erst einmal etwas Grundlegendes geschaffen werden soll.

Auf Prinzipialseite kann damit gerechnet werden, daß so die aus den maßgebenden Kreisen des Deutschen Buchdruckervereins kommenden Scharfmacherellen zu unterbinden sind. Auf Gehilfenseite wird die Zentralisation wieder in ihr altes Recht eingeleitet, dieses aber so gut verbessert, daß auch Aberrumpelungen durch Zufallsmehrheiten oder Diktaturanwendungen ausgeschlossen sind und des Volkes Wille ungeschwächt am obersten Geleze erhoben wird. Die schweizerische Sozialdemokratie hatte auf ihrem letzten Parteitag durch eine solche Konstellation den Anschluß an die bollenkewillige Internationale beschlossen, die jetzt vorgenommene Urabstimmung hat aber diesen bedenkhlichen Weg mit großer Mehrheit abgelehnt. Das ist klarer Willensausdruck, den brauchen und wollen auch wir!

Graphische Union!

Wer den „Korr.“ aufmerksam verfolgt, wird schon gemerkt haben, daß die Buchdrucker in der Frage des Zusammenschlusses der graphischen Arbeiterchaft die Pläne nicht sein werden. Der Gedanke ist ja nicht neu, die älteren Kollegen werden nicht erst jetzt getrieben etwas von graphischen Kartellen wissen. Wenn nicht viel bis jetzt daraus geworden war, so lag das an den mannigfaltigen Umständen, am meisten an den ganz hundertfach gestreuten Lohn- und Arbeitsbedingungen, die in ihrer oft nicht einmal drückenden Regelung gar zu große Schwierigkeiten bereiten. Am allerwenigsten aber war wohl der uns angebotene Berufsähnlichkeit ein Hindernisgrund. Gewiß wurde man dann in unsern Reihen verknüpfelt, wenn zu merken war, daß in andern graphischen Berufszweigen bei der Einnahme für eine Kartellierung im weiteren Sinne zu sehr auf unsere finanziellen Mittel geteilt wurde, die ohne Vertragsfreiheit aber keiner Hebung fähig seien. Darin ist ja nun vieles besser geworden, und ich glaube, das bessere Beispiel der Buchdrucker hat auch hier ansetzend gewirkt; wir haben dadurch gewerkschaftliche Erziehungsbereitschaft getrieben.

Aus verschiedenen Korrespondenzen in unserm Organ hat sich ergeben, daß neuerdings in einer Reihe von Druckstädten ein Sverbindungstreten der Gewerkschaften in graphischen Gewerbe Platz gegriffen hat. Auch auf Unternehmerseite ist in ähnlicher Form ein solcher Zusammenschluß erfolgt, der wohl hauptsächlich von gemischten Betrieben ausgeht. Es kann weiter wohl nicht in Frage gestellt werden, daß mit der bevorstehenden Einrichtung der Betriebsräte eine neue Veranstaltung gegeben ist, einen praktischen Zusammenschluß zu erwägen, ohne das Gewordene unklar zu klären oder durch raube Eingriffe mehr zu klären als Nutzen zu stiften. In den andern graphischen Berufen wird man wohl auch erkennen, daß man nicht planlos die Dinge sich weiter entwickeln lassen darf.

Im „Korr.“ sind etliche Artikel zu diesem Thema erschienen, die zum Teil nicht über den guten Willen und die Betonung, daß die Zeitverhältnisse ein Zusammengehen mehr als je erfordern, hinauskommen. Ich habe mir nur zwei zurückgelegt. Der von dem Kollegen Schmidt aus Berlin am 7. August veröffentlichte geht tiefer. Er bietet sogar einen gewissen Aufbau. Merkwürdig, daß auf ihn noch nicht eingegangen worden ist; auch nicht seitens unserer Redaktion. Was ein Kollege Sm. aus Leipzig unter der Überschrift „Warum graphischer Indultrieverband?“ am 2. September schrieb, war mehr eine Sympathiebekundung, die man ohne weiteres unterschreiben kann.

Ich wollte mich zu dem Artikel des Leipziger Kollegen und zu seinem angeregten Graphischen Indultrieverband befürwortend äußern, aber ein Vorgang hier acht Tage später ließ mich stutzig werden und läßt auch die mitbeachtlichste Stellungnahme zu dem Schmidt'schen Artikel anders gestalten. Am 9. September fand nämlich bei uns eine Verammlung statt, die von Anhängern der U. S. P. im graphischen Gewerbe ausging. Sie galt der Gründung eines Graphischen Indultrieverbandes. Der nicht dem graphischen Gewerbe angehörende Referent aus Berlin machte aus seinem Herzen keine Mördergrube, wie folgende Redebeiträge zeigen: Wir wollen nicht niederreißen, aber wenn wir niederreißen, so lassen wir so weit nieder, daß wir von ganz vorn wieder aufbauen werden! Es ist eine Schande, was für reaktionäre Flugblätter zur letzten Wahl gedruckt wurden. Wenn wir erst den Indultrieverband haben, wird so etwas nicht wieder vorkommen, dann wird überhaupt nichts gedruckt, was für die Arbeiter schädlich ist. Wir werden dann den Redakteuren diktieren, was sie zu schreiben haben. Überhaupt sind die Buchdrucker schuld, daß die Revolution vom November so traurig verliefen ist, weil sie so viele reaktionäre Sachen gedruckt haben! Diese längemäßig wiedergegebenen erhabenen Zusprüche, die von den anwesenden Nichtbuchdruckern und namentlich von den Vertreterinnen des schönen Geschlechts mit großem Beifall und Sündelichkeiten aufgenommen wurden, lassen erkennen: 1. Es soll nicht im allgemeinen Interesse der graphischen Arbeiterchaft ein Graphischer Indultrieverband gegründet werden, sondern wie ihn die U. S. P. von ihrem Parteistandpunkt aus haben will. 2. Es soll nicht auf der Grundlage des Betriebsräteähnlichen ein Zusammenschluß im graphischen Gewerbe erfolgen, sondern auf der der Diktatur. 3. Es wird eine Einschränkung der Pressefreiheit beabsichtigt, die wir Buchdrucker gerade im weitesten

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig des Exemplar, jedoch mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 108 — Leipzig, den 18. September 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh vier jeweilige nächsten Nummern.

Provinzler, wacht auf!

Den nachfolgenden Artikeln wie später noch erscheinenden haben wir im Leitartikel der vorigen Nummer (dritte Spalte) schon eine Gegenkritik insgesamt vorausgeschickt, so daß wir nur insoweit als besondere Anmerkungen vornehmen wollen. Angelegenheiten gegen die Gehilfenvertreter usw. sind natürlich zu erörtern.

Die Redaktion.

Das schöne Vorspiel der letztmaligen Verhandlungen des Tarifausschusses, das in Wort und Schrift temperamentooll und schwungvoll gehalten war und auch den Provinzler einmal beglücken mußte, im Ernstfalle den Kampf aufnehmen für seine Existenzfrage; die achtschlägige Ruhe, die ihm noch das Gefühl des Kampfesmitos verstärkte, ist ihm, dem Provinzler, nun auf Konto der Großstadt ebenfalls zunichte gemacht worden. Jetzt weiß man als Provinzler, daß man auf den Mond geflüht, die Großstadt aber von dem Planeten Erde Besitz ergriffen hat. Eine größere Ungerechtigkeit auf Kosten der Provinz ist wohl noch nicht zustande gekommen.

Fühlt nicht ein jeder Provinzler den Schmerz der kleinstädtischen Behandlung? Zahlt ein Provinzler nicht denselben Beitrag wie ein Großstädter innerhalb des Verbandes? Nun, wo bleibt der Grundlag: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte? Mit welcher Begründung wollen sich unsere Vertreter rechtfertigen in der Provinz? Ist nicht die rationellere Lebensweise genau so teuer in der Provinz wie in der Großstadt? Wer auf Schleichhandelswegen etwas erwirkt, muß dieselben Wucherpreise zahlen wie eben in der größeren Stadt. Ich belone aber: wozu Zahlen wir nicht dieselben Staatssteuern, dieselben Preise für Brennstoffe? In Großstädten kann man Brenngas billiger haben als hier bei uns, wo der Sublimmeter 55 Pf. kostet. Warum rümpft ein Großstädter die Nase, wenn er in der Provinz arbeiten soll? Weil die Lebensweise eine billigere ist? Nein, weil der jüngste Kollege in der Großstadt besser bezahlt wird als der Älteste in der Provinz!

Zugeben kann man schließlich, daß die Mieten etwas höher bemessen werden; ist aber nicht schon ein Ausgleich geschaffen durch die höhere Stellung des Lokalauschlages? Hier, in einer Garnisonstadt von 20000 Einwohnern, die während des Krieges mit Einquartierungen überlastet gewesen ist, wozu die Großstadt nichts zulehen hat, nach dem Reichsbesoldungsgehalt in die Serovistklasse D eingereiht, stehen wir mit 2 1/2 Proz. vermehrt. Briefe auf Brief abgehandelt an die beruflichen Instanzen, die Finger schon wund geschrieben, aber kein Mensch rührt sich. Man sucht die Achseln: Ist ja ein Provinzler, aber keine Stadt wie Breslau oder Stuttgart!

Es wird endlich Zeit, daß auch der Provinzler aufwacht, Opposition treibt, wie es von Seiten der größeren Orte geschieht, eventuell seine eigenen Vertreter verlangt, keine mehr aus der Großstadt aufgestellt wissen will, denn diese werden nur leibgenannter gerecht. Mit einem dazugehörigen Ergebnis, wie man jetzt die Provinz abspießt, pleist man sie in der Großstadt zum Tempel hinaus. Nachdem man der Provinz eine derartige Ohrleise verleiht hat, wird sie hoffentlich aus dem Schlafe gerüttelt worden sein, damit nicht der Vollbart durch den Kasten wächst. Sind vielleicht unsere Vertreter angezogen von der Politik der Prinzipale? Bessere warfen ja den Stimpel aus der Tasche: Abbau der Röhre, in der Provinz 20 Mh., Großstadt 10 Mh., und siehe, man ist skeptisch. Bei einem Prinzipal nimmt man dies nicht übel, aber von einem Gehilfenvertreter erwartet man dieses Gebaren nicht. Sowie Solidaritätsgefühl traute man ihm zu. Doch heute weiß man, daß alle Nullfusschleiber die Großstadt in den Vordergrund rückt, die Provinz aber hintenanstellt. Derselbe Anblick also wie die Prinzipale. Unter sich kennen leibgenannte keine Staffeln in bezug auf Druckpreise, aber eine Lohnstaffelung der Gehilfen diktieren sie den Gehilfenvertretern. Das Schlagwort der Prinzipale: „In der Provinz rechnete man nicht mit einer dazugehörigen hohen Zulage!“ war ein schöner Schachzug, auf den unsere Vertreter anbliesen. Derjenigen Kollegen möchte ich kennen lernen, der einen solchen Anspruch geltend hat. Das war ein Jbidot der Hungerkammerler sein.

Provinzler, öffne die Augen, laß dir nicht an in der Kleinstadt abzubauen, in der Großstadt aber zu erhöhen! Dö beln.

K. B.

Mehr Gleichberechtigung!

Es berührt mich eigenhändig, daß auch dieses Mal bei den Tarifauschubverhandlungen wieder der größte Teil der Provinzkollegen als Buchdrucker zweiter Klasse bewertet worden ist. Warum immer wieder diese unglückliche Staffelnung? Sie hätte auf alle Fälle vermieden werden müssen. Die Erhöhungen der Friedenslöhne des Deutschen Buchdruckereitarbeiter sind stets gleichmäßig erfolgt, so auch dieses Mal wieder. Also keine Staffelnung. So Sachde geltend sich nun folgendermaßen: Die Prinzipale in den Provinzdruckereien mit keinem oder nur geringem Lokalausschlag erhalten dadurch die gleichen Teuerungszuschläge zugestanden wie diejenigen der Orte mit hohem Lokalausschlag, haben demnach, da sie nur 6 Mh. Zulage bezahle, die übrigen 6 oder 4 Mh., die die Prin-

zipale der Orte mit höherem Lokalausschlag noch an unsere Kollegen bezahle müssen, in der Tasche, also erhöhten Gehalt.

Nun zu dem materiellen Standpunkt: Für unsere Stadt von 10000 Einwohnern, für welche leider noch kein Lokalausschlag besteht, und die obenreim als Kurort gilt, macht der Unterschied mit der letzten Erhöhung und derjenigen im Mai bereits 11 Mh. aus, ungerichtet des Lokalauschlages, der anderweit vorhanden ist, und der früheren Zulagen, durch die wir ebenfalls in Nachteil gekommen sind, so daß eine bedeutend höhere Summe im Spiel ist als die eben angeführte. Ich glaube nicht, daß in den Großstädten die Lebensmittel und die Bedarfsartikel teurer sind als bei uns, im Gegenteil, gegen Frankfurt a. M. bezahle wir hier für Auslandsware im Durchschnitt mehr als dort bezahlt wird, z. B. Schmalz und Speck hier mit 13—15 Mh., in Frankfurt a. M. mit 11 Mh. Und so ist es mit sehr vielen Gegenständen des täglichen Bedarfs. Neuerdings kostet hier ein Paar Schuhe zu bescholen schon 25 Mh. So reißt sich eins an das andre.

Wenn ich nicht näher auf Einzelheiten eingeebe, so aus dem Grunde, weil solche schon öfters die Spalten des „Korr.“ gefüllt haben. Die Kollegen in den andern kleinen Druckereien mit keinem oder geringem Lokalausschlag müssen mir bestimmen, daß diese Zustände eine Staffelnung der Teuerungszuschläge auf keinen Fall rechtfertigen, und ich will wünschen und hoffen, daß es das letzte Mal gewesen ist, wo die meisten der Provinzkollegen als Verbandsmitglieder zweiter Klasse betrachtet worden sind.

Hersfeld.

E. G.

An die man nicht dachte

Vor mir liegt die Sonderausgabe des „Korr.“ vom 31. August 1919 mit dem Beschlußprotokoll der Tarifauschubung. Schon gleich am Anfang der Bekanntmachung stellt man die schönen Worte: „Zur Erhaltung des gewerblichen Friedens und zur Verhütung weiterer schwerer wirtschaftlicher Schäden wurden nachstehende Beschlüsse gefaßt.“ Schön klingt dies zwar, und auch nicht zu verwerfen sind die Grundprinzipien, auf die man diese Zeilen aufbaute — aber was nützen uns alle guten Worte, wenn man nicht in der Lage ist, mit dem Minimum, das heute den Jüngern der schwarzen Kunst zur Verfügung steht, sein Leben zu fristen?

Ganz besonders schlecht haben die Kollegen der Provinz bei der vorletzten und der letzten Ausschubung abgeschnitten. Für die Kollegen der Großstadt legt man schon eher die Hand ins Feuer, weil man meint, daß sie wohl leichter imstande wären, den gewerblichen Frieden zu brechen. Nur uns vom flachen Lande, die wir so zahm sind und mit jedem Beschlusse, der im großen Berlin gefaßt wird, zufrieden sein müssen, braucht man nicht so sehr unter die Arme zu greifen. Wir sind ja auch mit allem einverstanden. Wir murren nicht, wir knurren nicht, aber wir hungern. Die Lebensverhältnisse der Großstadt und der Druckorte in den Provinzen sind fast die gleichen, aber die Entlohnung ist grundverschieden.

Die meisten Gehilfenvertreter kommen aus der Großstadt und kennen nicht die Lebensbedingungen der Provinzkollegen, oder sie leben über uns hinweg, denn sonst hätten sie nicht nur ganze 6 Mh. für uns herausgeholt. (N.B. für Druckorte bis zu 5 Proz. Lokalausschlag, Reb.) Wir Buchdrucker vom flachen Lande sind auch Mitglieder des Verbandes und fordern, daß man unsere Interessen in Zukunft besser verteidigt als bisher und daß man auch an uns denkt.

Sohe l. Kann.

F. H.

Ein Aufruf an die jüngsten Kollegen

Die letzte Tarifauschubung hat gezeigt, wie wenig die Gehilfenvertreter unsere Interessen vertreten haben. Einen Faustschlag ins Gesicht bedeutete es uns jungen Kollegen, als wir erfahren, nur mit der Hälfte der im allgemeinen bewilligten Teuerungszulage bedacht zu werden! Was ist die Begründung? Behommen wir vielleicht in irgendeinem Geschäft unsere Lebensmittel und andern Bedarfsartikel zu niedrigerem Preise? Sind wir in der allschlimmsten Lage, wo während der Lehrzeit Erträglichem Zuschuß zu leisten? Oder dürfen wir vielleicht von unseren Eltern erwarten, daß Sie uns auch fernerhin mit Zuwendungen entgegenkommen? Nein und nochmals: Nein!

War es uns schon in der Lehrzeit eine Erbitlerung, erfahren zu müssen, wie wenig Verständnis die Herren Unternehmer für das Los der Lehrlinge hatten, und wie sie immer bestrebt waren — und noch sind! — den Lehrling als Ausbeutungssobjekt zu benutzen — ich erinnere nur daran, daß die Lehrlinge für einen Wochenlohn von 8 bis 12 Mh. arbeiten und Überstunden für eine Vergütung von 15 bis 35 Pf. leisten mußten, während auf der andern Seite weibliche Hilfskräfte mit 35 Mh. wöchentlich entlohnt wurden —, so muß die Erbitlerung jetzt, wo wir eine Verbesserung unserer Lage bestimmt erwarten, steigen, wenn wir leben, daß unsere Gehilfenvertreter für unsere Lage nicht besseres Verständnis bewiesen. Wenn schon ein Unterschied zwischen Betriebsleitern und Lehrlingen

unser Verständnis findet, so ist doch ein Unterschied zwischen Lehrlingen und Lehrlingen zu vermerken.

Es liegt nun an uns, zu bemerken, daß wir mit einer solchen Zurücksetzung niemals einverstanden sind. Bei gleichen Pflichten auch gleiche Rechte! Darum, ihr jungen Kollegen, erhebt schärfsten Protest gegen diesen Beschluß. Und ihr älteren Kollegen, unterstützt uns in unserm Protest! Leipzig.

K. F.

Ist das Gleichberechtigung?

Die Nr. 100 des „Korr.“ brachte den neuausgearbeiteten Gehilfen eine nette Überraschung. Am 1. Oktober soll die Teuerungszulage um ein paar Mark erhöht werden. Doch für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr ist der Zuschlag nur halb so groß als bei „richtigen“ Gehilfen. Was haben die Fabrikanten dieses famosen Wallus dabei gedacht? Mühen wir junge Gehilfen für alle Lebens- und Bedarfsartikel nicht genau soviel bezahle als Ältere? Und müssen wir in puncto Arbeit nicht ebenfalls leisten als diese?

Wir finden in dieser Neuordnung eine große Zurücksetzung der jungen Kollegen; es ist darob allenfalls Enttäuschung. Wenn man dabei tiefer blickt, so sieht es fast aus, als betrachteten uns selbst die Gehilfen nicht für vollwertige Arbeitskräfte. Wenn uns sogar die Älteren Gehilfen nicht als volle Kräfte betrachten, wie können dann die Prinzipale solches tun? Wir können den Gehilfenvertretern nur raten, auch uns jüngere Gehilfen etwas besser zu berücksichtigen. Denn es wird doch auch von uns verlangt, daß wir auf Seiten der Gehilfen stehen, falls es Lohnbewegungen durchzuführen gilt. Deshalb: mehr Gleichberechtigung!

Rudwigshafen.

J. S.

Die höhere Teuerungszulage der Maschinenfeher

Bei der letzten Tarifauschubung sind den Maschinenfehern an allen Orten 25 Proz. auf die jeweiligen Teuerungszulagen ausgestellt worden. Ich kann das nicht als Teuerungszulage betrachten, sondern nur als Lohnzulage, da doch dem Maschinenfeher sein Lebensunterhalt ebenfalls nicht teurer zu stehen kommt wie jedem andern gleichberechtigten Buchdruckergehilfen.

Sat man vielleicht da in Erwägung gezogen, was ich als wahrscheinlich betrachte? Ich greife zurück auf die ersten Teuerungszulagen, die ungerichtet auf die Lohnläge gestellt wurden und die besten Kräfte in unserm Gewerbe, die durch ihre Fähigkeiten etwas höher entlohnt wurden, heruntergedrückt hat und sie mit den nicht so begabten Kollegen auf eine Stufe stellte, was nebenbei gesagt unter Gewerbe nicht vorwärts entwickelte, sondern rückwärts, da dadurch die Streiklamelle, Luft und Liebe zum Schaffen genommen waren. Ist man jetzt wieder zu der Einsicht gekommen, daß die Qualifikation des Arbeiters etwas besser bezahlt werden muß — was ich als vollkommen gerecht erkenne —, so hätte man nicht nur den Maschinenfeher, sondern alle andern Spezialkräfte in unserm Gewerbe, die durch die Staffelnungen geschädigt wurden, berücksichtigt müssen.

Saben nicht der Rotationsmaschinenmeister sowie der Farbendruckmaschinenmeister und so mancher Spezialist in den Druckereien an den kompliziertesten Maschinen, mit der nervenspannendsten Tätigkeit an der Rotation und bei der schmutzigsten Arbeit, was allein ein höheres wöchentliches Gehalt erfordert, und mit weit überlegener Verantwortlichkeit gegenüber einem Maschinenfeher wohl auch dieselbe Berechtigung auf 25 Proz. Teuerungszulagen-erhöhung? Diese Frage muß ohne Zweifel mit Ja beantwortet werden.

Wir Kollegen an der Rotation, hauptsächlich in der Provinz, haben unser Vertrauen auf die letzte Tarifauschubung gesetzt und erwartet, daß man endlich einmal für Rotationsler ein besonderes Minimum, ähnlich dem der Maschinenfeher, festlegen würde, wie es vor der Tarifauschubung der Kollege P. W. in Nr. 94 des „Korr.“ treffend ausführte. Hat sich der Tarifauschub von Berechtigtheitsgefühl lassen lassen, als er den Maschinenfehern die 25 Proz. auf die Teuerungszulage zuschlug, mühte man auch uns entgegenkommen und einen Ausgleich schaffen, was nur zum Nutzen unseres Gewerbes sein konnte. Sollte man vielleicht zu der Meinung kommen, daß, wie es früher immer gesagt und geschrieben wurde, die betreffenden Kollegen sich selbst rühren sollten, so muß gesagt werden, daß wir jetzt unter ganz andern Zeitverhältnissen leben. Wenn ich auch zugebe, daß ein Teil von den Prinzipalen uns entgegenkommt, so wird es aber der größte Teil nicht wollen, sondern sich nur nach den gegebenen Verhältnissen richten.

Sch möchte hiermit meinen Spezialkollegen zurufen, nicht zu ruhen und rasten, sondern tatkräftig für unsere Sache einzutreten und die Angelegenheit auf unserm nächsten Maschinenmeisterkongress spruchreif zu machen, damit wir endlich bei der nächsten Tarifrevision unser Ziel erreichen. Nur zur Gesundheit unseres Berufs!

Tena. M. Johne.

Hra Robert Schmidt

Wer ist jetzt noch daran zweifellos, daß uns vorläufig nur eine ungelockerte ökonomische Bewirtschaftung vor Ernährungsschwierigkeiten retten kann...

Natürlich kann von einer weiteren Erhöhung der Ertragsprämie in veränderter Auflage keine Rede sein, da sie eine ungeheure mittelbare Steigerung des Brotpreises im Gefolge hat...

Robert Schmidt hat mit seiner Konzeption an seine Dränger gewiß nur das Beste gewollt, aber er hat damit die prollierende Agrarier- und Händlerkuppe doch nicht richtig eingeklinkt...

In wenig hoffnungsvollem Zustande hatte Robert Schmidt das Reichsernährungsamt von Emanuel Wurm übernommen. Das muß in Betracht gezogen werden, wenn man sich über die jetzigen Entscheidungen ein Urteil bilden will...

Alle Maßnahmen Robert Schmidts haben mehr oder weniger dazu beigetragen, unre Lebenshaltung bessern zu helfen. Neben andern sei an die Neuregelung der Einfuhrkontingente für kaufmännischer Geschäfte erinnert...

dann in breiter Öffentlichkeit durch die Führer betriebene Aufforderung zur Abschaffung der rationierten Erzeugnisse hatte von ihm selber zu wenig Beachtung gefunden...

Nach einer Äußerung aus landwirtschaftlichen Kreisen haben natürlich die hohen Halterpreise keine Schuld an der unzureichenden Lieferung für Brotgetreide und auch der Streik wird in Abrede gestellt...

Wir treiben ohne Zweifel einer Katastrophe zu, wenn man die Dinge weiter so gehen läßt, wie sie von den gewinnföhmigsten Agrariern und Händlern geliebt werden...

Der Felscherverband war leßthin auf seinem Verbandstag in Dresden nicht so herausfordernd, aber er will auch alles aufbieten, um die sehr gebaute Zwangswirtschaft zu bringen...

Robert Schmidt wird angesichts all dieser Tatsachen am besten willen, was zu tun und zu lassen ist. Empfohlen möchte ihm aber doch sein, mit Herz und Seele bei der Sache zu bleiben...

Breslau. Die am 2. September in der „Wilhelmsburg“ abgehaltene allgemeine Buchdrucker-Verammlung nahm den Bericht ihres Geschäftverwalters Fiedler über die Tarifauschubstung entgegen...

Bischowswerda i. Sa. Die hiesige Mittelklasse beschickte sich in ihrer Versammlung am 6. September u. a. auch mit dem Ergebnisse der letzten Tarifauschubstung...

Kr. Frankfurt a. M. Eine Versammlung der farbigenen Geßillen des Kreises 111 nahm am 2. September den Bericht ihres Geschäftverwalters über die Sitzung des Tarifauschusses entgegen...

Stollbus. Die Holz in der „Seltzkrift“ vom 12. September, daß die Stollbuser Geßillenschaft im gleichen Sinne vorgegangen sei wie die Frankfurter Kollegen...